

PROKLA-Redaktion

Editorial: Gewerkschaftspolitik

„Senkung der Arbeitskosten, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und Verbesserung der Anreize zur Arbeitsaufnahme – dies sind die unabwiesbaren Hauptthemen jeder ernsthaften, an tatsächlichen Erfolgen orientierten Bemühung, die Beschäftigungsprobleme der Gegenwart zu lösen, und sie definieren die praktisch-politischen Herausforderungen, denen die deutschen Gewerkschaften im gegenwärtigen Bündnis für Arbeit irgendwann gerecht werden müssen, wenn sie weiterhin in der Lage sein wollen, Arbeitsmarkt und Beschäftigung mitzugestalten.“ – So der Geburtstagsgruß von Wolfgang Streeck zum 50. Gründungstag des DGB 1999.¹ Die Therapie, die der Cheftheoretiker des „Bündnisses für Arbeit“ den Lohnabhängigen verschreibt, erinnert an den mittelalterlichen Aderlass. Die Massenarbeitslosigkeit soll primär durch eine Senkung des Lohnniveaus, speziell durch eine Senkung der Sozialleistungen bekämpft werden. Jede nachfragetheoretische Überlegung wird ohne weiteres Argument als historisch überholter „Vulgärkeynesianismus“ gebrandmarkt. Zwar mag eine Steigerung der Binnennachfrage unter den Bedingungen der Globalisierung der Märkte nicht unmittelbar dem einheimi-

schon Beschäftigungsniveau zugute kommen – doch ebenso wenig führt eine Absenkung des Lohnniveaus notwendig zu vermehrten Investitionen oder gar zu mehr Arbeitsplätzen. Eine Steigerung der Beschäftigung über die Senkung der Lohnnebenkosten, des Lohnniveaus oder eine stärkere Lohnspreizung ist allenfalls in dem Sektor niedrig qualifizierter, arbeitsintensiver Dienstleistungen plausibel.² Die Absenkung des Lohnniveaus, auf die die ganze Diskussion über die vermeintlich „zu hohen Lohnnebenkosten“ abzielt, mag zwar kurzfristig die Profite erhöhen, doch werden diese, wie die Erfahrung der letzten Jahrzehnte zeigt, bei mangelnder effektiver Nachfrage eben nicht produktiv reinvestiert, sondern eher in Wertpapieren angelegt, in „fiktivem Kapital“ (Marx), das an den Börsen spekulativ vermehrt oder auch vernichtet wird.

Der Wettbewerbskorporatismus, den Streeck empfiehlt, unterscheidet sich vom Neoliberalismus nur dadurch, dass ein politischer Frontalangriff auf die Gewerkschaften wie im thatcheristischen Großbritannien vermieden werden soll, indem diese sich die angebotspolitischen Zielsetzungen selbst zu eigen machen. Der Wettbewerbskorporatismus ist die Durchsetzung neoliberaler Ziele mit an-

deren Mitteln. Wie weit die Konzepte derartiger, vermeintlich „linker“ oder „gewerkschaftsnaher“ Berater in den Gewerkschaften bereits Platz gegriffen haben, wird immer wieder deutlich – etwa, als der DGB-Vorsitzende Michael Sommer kürzlich auf der Neujahrspressekonferenz des DGB selbst die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge propagierte (DGB-Pressemitteilung vom 14.1.03). Das Niveau der Sozialleistungen soll zwar nicht abgesenkt werden, doch soll eine Gegenfinanzierung unter anderem über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer erfolgen – was bekanntermaßen die unteren Einkommensschichten besonders belastet. Die mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer einhergehende Zunahme der sozialen Ungleichheit wird in dem DGB-Konzept einfach unterschlagen.

Die Zustimmung des DGB zur nächsten Mehrwertsteuererhöhung wäre nicht der erste verteilungspolitische Sündenfall der deutschen Gewerkschaften. Die Senkung der „Lohnnebenkosten“ haben die Gewerkschaften de facto schon durch die Zustimmung zur Einführung einer kapitalgedeckten Altersvorsorge akzeptiert, wobei sich der DGB rhetorisch noch windet. So heißt es in einer DGB-Presseerklärung vom 9.1.03 zu den rentenpolitischen Plänen der Grünen: „Der Ausbau der kapitalgedeckten Altersvorsorge ist richtig, darf aber nicht zu Lasten der Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung gehen.“ Ein frommer Wunsch! Schon die vom ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der IG Metall vorangetriebene „Riester-Rente“ zielte auf die Absenkung des gesetzlichen Rentenversicherungsanspruchs, auf die Entlastung der Arbeitgeber auf Kosten der Lohnabhängigen und die Umlenkung von Lohnbestandteilen auf die Konten der Finanzkonzerne. Anstatt einzugestehen, dass die Rentenreform eine epochale Niederlage für die Lohnabhängigen ist, wird der Ausbau der kapitalgedeckten Altersvorsorge auch noch begrüßt. Dabei läuft sie eindeutig auf eine Zunahme der sozialen Ungleichheit und eine Absen-

kung des Lebensstandards der Lohnabhängigen hinaus – sei es durch eine größere Altersarmut oder durch einen verstärkten Sparzwang.

Die falsch verstandene Übernahme „gesamtwirtschaftlicher Verantwortung“ durch die deutschen Gewerkschaften setzt sich fort beim „Bündnis für Arbeit“. Obwohl die IG Metall, der bisher de facto die Tarifführerschaft zukam, immer wieder betont hatte, dass die Lohnentwicklung nicht Gegenstand der Bündnisgespräche sein könne, hatte sie sich in der Tarifrunde 2000 auf „eine beschäftigungsorientierte und längerfristige Tarifpolitik“ festgelegt, bei welcher „der sich am Produktivitätszuwachs orientierende, zur Verfügung stehende Verteilungsspielraum vorrangig für beschäftigungswirksame Vereinbarungen genutzt“ werden sollte. Die IG Metall hoffte, die Bundesregierung werde als Gegenleistung für Lohnzurückhaltung die „Rente mit 60“ einführen. Der Lohnabschluß in der Tarifrunde fiel dann vergleichsweise niedrig aus, doch die Gegenleistung blieb aus. Lässt sich schon eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung nicht mehr zu politischen Tauschgeschäften überreden, so erscheint erst recht die Hoffnung absurd, die Unternehmer könnten im Rahmen des Bündnisses für Arbeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen verpflichtet werden. Dies erkennt die asymmetrische Struktur des korporatistischen Blocks, in dem die private unternehmerische Entscheidungsfreiheit in Bezug auf Investitionen unangetastet bleibt. Doch die Gewerkschaftsführungen zeigen sich seltsam lernunfähig – gerade hat der DGB sich für einen dritten Anlauf des Bündnisses für Arbeit ausgesprochen. Zugeständnisse werden in Aussicht gestellt, wenn die Arbeitgeber sich zur Schaffung von Ausbildungsplätzen verpflichten. Die Begehrlichkeiten der Arbeitgeber sind klar. Unter anderem dürfte der Gesetzentwurf zu einer Aufweichung des Kündigungsschutzes bereits in Arbeit sein.

Solche Politik vergrößert zwangsläufig die internen Spannungen in den Gewerkschaf-

1 Wolfgang Streeck, Die Gewerkschaften im Bündnis für Arbeit, Beitrag zur wissenschaftlichen Konferenz anlässlich des 50. Gründungstages des DGB, München, 11.-12. Oktober 1999, abgedruckt in: Jörg Abel/Hans-Joachim Sperling (Hg.), Umbrüche und Kontinuitäten: Perspektiven nationaler und internationaler Arbeitsbeziehungen, München 2001, S. 271-279.

2 Vgl. dazu Hansjörg Herr, Arbeitsmarktreformen und Beschäftigung, in: PROKLA 129; wo gezeigt wird, dass die Annahme, ein sinkendes Lohnniveau führe zu mehr Arbeitsplätzen, selbst innerhalb des neoklassischen Paradigmas nicht haltbar ist.

ten. Die kampfkraftigen und kampfbereiten Teile ihrer Mitgliedschaft haben immer weniger Verständnis dafür, dass sie Lohnzurückhaltung üben sollen, ohne dass dies zu greifbaren Erfolgen auf anderen Feldern führt. Das von der IG Metall proklamierte Ziel der Tarifpolitik, die umverteilungsneutrale Ausschöpfung des Produktivitätszuwachses unter Berücksichtigung der Inflationsrate, wurde in den vergangenen Jahren bei weitem nicht erreicht. Die Lohnquote und die Lohnstückkosten sind im langfristigen Durchschnitt gesunken, d.h. es hat eine deutliche Umverteilung zu Lasten der Lohnabhängigen und zu Gunsten der Profite stattgefunden. Dies mag zwar zum Erfolg der deutschen Exportwirtschaft und zum Teil auch zur Aufrechterhaltung einer vergleichsweise hohen Quote industrieller Beschäftigung beigetragen haben, doch in dem Maße, in dem sich in anderen Ländern eine ähnliche Konstellation herstellt, kommt es zu einer internationalen lohnpolitischen Unterbietungskonkurrenz, zu einem „race to the bottom“ auf dem Rücken der Lohnabhängigen. Gerade im europäischen Rahmen wäre eine engere tarifpolitische Koordinierung notwendig, um ein wettbewerbskorporatistisches Dumping bei Löhnen und Arbeitsbedingungen zu vermeiden, zumal der Druck zur Unterordnung der Lohnpolitik unter die durch den Maastrichter Vertrag vorgezeichnete Stabilitätspolitik der Europäischen Zentralbank groß ist. Hier fehlt ein politisches Gegengewicht. Gerade den internationalen Vergleich noch relativ starken deutschen Gewerkschaften kommt – auch angesichts der hohen deutschen Exportüberschüsse – eine besondere Verantwortung zu. Allzu oft siegt jedoch das nationale und betriebliche Standortdenken über die Erfordernisse übergreifender Solidarität. Es wäre aber verkürzt, die Defizite der deutschen Gewerkschaftspolitik in traditioneller Manier einfach auf einen Verrat der Gewerkschaftsführung oder auf falsche Strategien zurückzuführen. Globalisierung, Europäisierung und Finanziali-

sierung sind nicht bloß Ideologien, sondern implizieren vielfach neue Unternehmensstrategien und eine Fragmentierung sowie unternehmens- und länderübergreifende Neuzusammensetzung von Wertschöpfungsketten. Die Androhung der Fremdvergabe von Arbeit oder der Produktionsverlagerung seitens des Managements ist oftmals nicht nur Bluff, sondern hat einen realen Hintergrund in verschärfter Konkurrenz bzw. beträchtlich erweiterten Handlungsspielräumen der Kapitaleseite. Daher ist es verständlich, dass die Verunsicherung von Belegschaften tief greift, dass Betriebsräte unter einem hohen Druck stehen, Konzessionen zu machen, und die Flächentarifverträge erodieren. Auch die Gewerkschaftslinken muss sich fragen lassen, ob sie mehr anzubieten hat als abstrakt richtige Forderungen. So notwendig eine innergewerkschaftliche Demokratisierung, eine stärkere Mobilisierung der Basis, militantere Arbeitskämpfe, der Schulterschluss mit der globalisierungskritischen Bewegung und die Stärkung internationaler Solidarität sein mögen, so offensichtlich ist auch, dass die Gewerkschaftslinken, die sich für diese Ziele einsetzt, aus ihrer innergewerkschaftlichen Minderheitenposition bisher nicht herauskommt. Nicht nur die Gewerkschaften insgesamt haben ein Problem, jüngere Mitglieder zu gewinnen, für die Gewerkschaftslinken gilt dies ebenso. Die in den 70er Jahren entwickelten Ansätze linker Betriebspolitik hängen oft nur an einzelnen Personen oder kleinen Gruppen und drohen mit ihren bisherigen Trägern einfach auszuscheiden. Sicherlich gibt es keine Patentrezepte für die Erneuerung der Gewerkschaftspolitik. Es könnte jedoch hilfreich sein, über den Tellerrand der eigenen Praxis hinauszublicken und andere Erfahrungen aufzuarbeiten, ohne sie zu idealisieren. In diesem Sinne versammelt das vorliegende Heft vor allem Beiträge, die sich mit der Gewerkschaftspolitik in anderen Ländern beschäftigen.

Stefanie Hürtgen vergleicht die Debatten, mit denen die Gewerkschaftslinken in

Deutschland und Frankreich auf die Globalisierung reagiert. Dabei wird deutlich, dass man in Frankreich viel stärker bereit ist die überkommenen Selbstverständlichkeiten der Organisationsstruktur, der Interessenvertretung und damit auch des gesellschaftlichen Projektes, das die Gewerkschaften verfolgen, in Frage zu stellen. Eine zumindest teilweise Realisierung haben die neuen Konzepte in der Politik der SUD, einer Ende der 80er Jahre neu entstandenen Basisgewerkschaft gefunden, deren Entwicklung von *Bernard Schmid* nachgezeichnet wird. Eine ganz andere Qualität gewerkschaftlichen (Überlebens-)Kampfes zeigt der Beitrag von *Raul Zelik* über Kolumbien: Morde an Gewerkschaftern sind hier an der Tagesordnung, unter anderem als „übliches“ Mittel zur Durchsetzung neoliberaler (Privatisierungs-)Strategien. Eher positive Entwicklungen lassen sich dagegen in Brasilien erkennen. Wie *Claudius Vellay* in seinem Beitrag zeigt, sind die brasilianischen Gewerkschaften dabei, sich erfolgreich aus dem traditionellen, staats-

korporatistischen System zu lösen. Neue Entwicklungen US-amerikanischer Gewerkschaften im Umgang mit Rassismus und einer ethnisch gespaltenen Klasse, die auch für europäische Verhältnisse interessant sein können, werden von *Boy Lütthje* und *Christoph Scherer* beleuchtet. Ein scheinbar erfolgreiches europäisches Konsensmodell gewerkschaftlicher Politik wird von *Silke van Dyk* kritisch hinterfragt. *Wolfgang Schroeder* antwortet auf die von Michael Wendl in PROKLA 129 formulierte Kritik an der gewerkschaftlichen Tarifpolitik. Und schließlich soll durch die Dokumentation eines Konferenzpapiers verschiedener Initiativgruppen auf die für eine gewerkschaftliche Interessenvertretung wichtigen Probleme von ArbeiterInnen in der informellen Ökonomie hingewiesen werden. Außerhalb des Schwerpunkts erscheint ein Beitrag von *Achim Bühl*, der sich auf einer recht grundsätzlichen Ebene mit Michel Foucaults Analyse der Moderne auseinandersetzt.

PROKLA 131 (Juni 2003): **Korruptes Empire**

In ihrer umstrittenen Analyse des „Empire“ treffen Michael Hardt und Antonio Negri zumindest einen wesentlichen Punkt, wenn sie schreiben, „imperiale Souveränität sei durch Korruption bestimmt“ (dt. Ausgabe, S.213). Es geht um das „System“, darum dass Korruption sich kapillar, in allen Verästelungen im Feinen und in den dicken Knoten im Groben einnistet. Es ist immer gesagt worden, dass Korruption weniger Gelegenheiten fände, wenn öffentliche Einrichtungen privatisiert werden, wenn also die Schnittstelle zwischen privat und öffentlich entfalle. Doch hat Korruption eine besonders ausgeprägte Rolle gerade im Zuge von Privatisierungsmaßnahmen gespielt und vor allem hat sie auch einen Platz im privaten Geschäftsverkehr. Korruption wäre missverstanden, würde man sie auf die Schnittstellen zwischen privaten Akteuren und öffentlichen Funktionsträgern reduzieren. Korruption findet im privaten Geschäftsleben in immensem Umfang statt, wie die Bilanzbetrugsdelikte der jüngeren Vergangenheit gezeigt haben. Korruption wäre aber auch missverstanden, wenn sie als Ausnahme in einer ansonsten heilen kapitalistischen Welt aufgefasst würde: der Verwertung des Werts als Ziel ökonomischen Handelns sind gesellschaftliche Normen äußerlich, ihre Verletzung liegt in der Logik der kapitalistischen Sache, wenn sich damit der Profit steigern lässt. Korruption tendiert deshalb immer dazu, „systemisch“ zu werden. Politik und Ökonomie gleichermaßen zu durchdringen, was durch die neoliberale Ideologie verstärkt, die gesellschaftliche Verantwortung nicht kennt und den individuellen Erfolg bejubelt – gleichgültig, welche Kosten für andere damit verbunden sind.